

## Bündnis fordert „eine Schule für alle“

Land will behinderte  
Kinder besser fördern

**DÜSSELDORF.** Kinder-, Lehrer- und Elternverbände aus Nordrhein-Westfalen haben gestern eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse gefordert. Dies müsse auch bedeuten, dass behinderte gemeinsam mit nicht behinderten Kindern unterrichtet werden, forderte die Sprecherin des Bündnisses „Eine Schule für alle“, Uta Kumar. Sie appellierte an die Landesregierung, das Schulgesetz an die neue Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen anzupassen. Andernfalls wollen die Verbände dies vor dem Europäischen Gerichtshof durchsetzen. Die Opposition schloss sich der Forderung an.

Mit der neuen UN-Konvention seien weder gesonderte Förderschulen für Behinderte noch das gegliederte Schulsystem insgesamt vereinbar, sagte Kumar. In dem Bündnis „Eine Schule für alle“ haben sich seit 2007 rund 50 Verbände zusammengeschlossen, darunter der Sozialverband Deutschland, der Deutsche Kinderschutzbund und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Ziel der Landesregierung sei es durchaus, mehr Förderung Behinderter in allgemeinen Schulen zu erreichen, teilte das Schulministerium mit. Deutschland habe allerdings die Tradition der Förderschulen. Nicht alle Eltern wollten für ihre Kinder eine Förderung in allgemeinen Schulen. Fachlich könne der Besuch der mit viel Personal ausgestatteten Förderschulen im Einzelfall sinnvoller sein – zum Beispiel, weil dort in kleineren Gruppen gearbeitet werden könne.

Der Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf – von der geistigen Behinderung, über Lern- bis hin zu Körperbehinderungen und Sinnesschädigungen – ist nach Angaben des Ministeriums seit Anfang der 90er Jahre von gut zwei auf mehr als zwölf Prozent gestiegen. „Hier ist noch mehr Integration möglich und sinnvoll und auch von den Eltern gewünscht.“ Deshalb gehe Nordrhein-Westfalen in 20 Pilotregionen mit Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung neue Wege. Ziel sei eine bessere wohnortnahe und frühe Förderung in Kooperation mit allgemeinen Schulen. Der Lehrerverband Bildung und Erziehung

(VBE) beklagte, dass es kein Elternrecht auf einen Platz in einer Regelschule gebe.

Nordrhein-Westfalen könne sich „die Lebenslüge eines angeblich begabungsgerechten Schulsystems nicht länger leisten“, betonte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbunds, Dieter Greesse. Kinder aus Armutsmilieus würden überwiegend in die Hauptschulen aussortiert. Kinder aus armen Familien – fast jedes vierte Kind an Rhein und Ruhr – hätten viermal schlechtere Chancen auf ein Gymnasium zu kommen als andere.

Noch immer sei die Herkunft eines Kindes und der Geldbeutel seiner Eltern entscheidend für den Bildungserfolg, kritisierte Kumar. Zahlreiche Studien und Erfahrungen aus anderen Ländern belegten, dass die integrativen Schulsysteme dies überwinden könnten. Eine solche Wende forderten auch SPD, Grüne und der VBE in ihren Mitteilungen. Dagegen nannte es der Realschullehrerverband „sehr bedenklich, wie hier ein im linken Spektrum angesiedeltes Bündnis behinderte Kinder instrumentalisiert, um seine Ideologie einer Einheitsschule zu propagieren“.

dpa